



Forschungsergebnisse

Anreize für Cloud Computing schaffen

Wirtschaftspolitische Analyse

Die 750-Milliarden-Euro-Enttäuschung

Standpunkt

Brauchen wir mehr Wirtschaft in der Schule?

Vor allem größere Firmen rechnen mit einer dauerhaften Ausweitung der Heimarbeit auch nach der Corona-Krise.

Foto: © iStockphoto.com/Eva Blanco

Unternehmen wollen auch nach der Krise an Homeoffice festhalten

Die Corona-bedingten Anpassungen der Arbeitsorganisation haben vielen Unternehmen gezeigt, dass sich mehr Tätigkeiten für die Arbeit im Homeoffice eignen als bislang angenommen. Im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich sind es mehr als 50 Prozent und im Verarbeitenden Gewerbe mehr als 40 Prozent der Unternehmen, die über solche digitalen Lerneffekte berichten.

Die flächendeckende Erkenntnis, dass zusätzliche Tätigkeiten ins Homeoffice verlagert werden können, verstärkt den Impuls, den die Corona-Krise auf die Verbreitung ortsflexibler Arbeit ausübt. Aufgrund der neuen Erfahrungen und Erkenntnisse planen viele Unternehmen, Homeoffice auch nach der Krise intensiver zu nutzen als vor dem Beginn der Corona-Pandemie. Dabei musste etwa jedes dritte Unternehmen kurzfristig in neue Technologien investieren, um während der Krise Home-

office zu nutzen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Umfrage unter rund 1.800 Unternehmen der Informationswirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes, die das ZEW Mannheim im Juni 2020 durchgeführt hat. Insbesondere in größeren Unternehmen führt die Corona-Pandemie zu einer langfristigen Ausweitung der Homeoffice-Angebote. So rechnen etwa 75 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft ab 100 Beschäftigten mit einer dauerhaften Ausweitung der Heimarbeit. Bei den Unternehmen mittlerer Größe liegt dieser Wert hingegen bei 64 Prozent und bei den kleinen Unternehmen mit fünf bis 19 Beschäftigten bei 40 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe rechnet mehr als die Hälfte der großen Unternehmen mit dauerhaft vermehrtem Homeoffice durch die Krise.

Eine mögliche Ursache für die auch nach der Krise stärkere Nutzung von Homeoffice ist die Erfahrung aus der Krise, dass

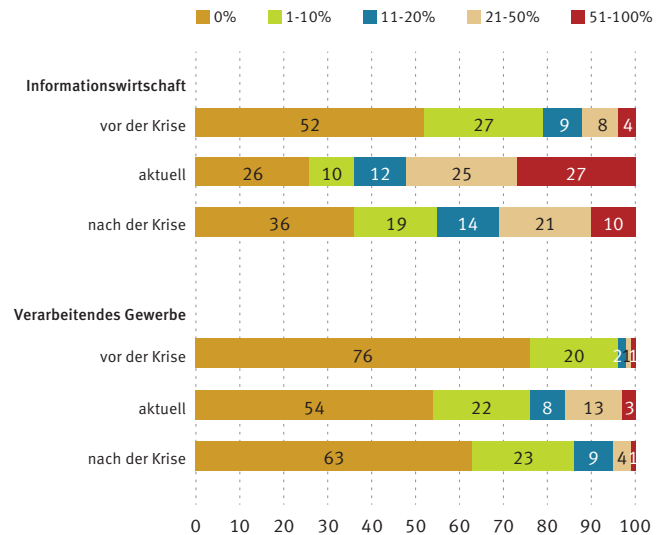
weniger Tätigkeiten als bislang angenommen im Büro erledigt werden müssen. Auch diese Lehre aus der Krise ziehen vor allem größere Unternehmen. Insbesondere den Unternehmen ab 100 Beschäftigten in der Informationswirtschaft (83 Prozent) und im Verarbeitenden Gewerbe (70 Prozent) hat die Krise gezeigt, dass mehr Tätigkeiten fürs Homeoffice geeignet sind als bislang angenommen. Die Investitionen in neue Technologien, die für etwa jedes dritte Unternehmen notwendig waren, um während der Krise Homeoffice nutzen zu können, werden sich demnach auch langfristig auszahlen.

Verarbeitendes Gewerbe plant bleibende Veränderungen für mobiles Arbeiten

Im Verarbeitenden Gewerbe haben vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie nur in jedem vierten Unternehmen Beschäftigte regelmäßig im Homeoffice gearbeitet. Aktuell liegt dieser Wert bei fast 50 Prozent, und für die Zeit nach der Krise planen etwa 37 Prozent der Unternehmen, Homeoffice einzusetzen. Da sich gerade im Verarbeitenden Gewerbe nicht alle Tätigkeiten für die Arbeit von zu Hause eignen, ist der Anteil an Beschäftigten, die regelmäßig mindestens einmal wöchentlich im Homeoffice arbeiten, vergleichsweise gering.

Allerdings wirkt sich die Corona-Krise langfristig auf die Intensität des Homeoffice aus: In nur vier Prozent der Unternehmen hat vor der Krise mindestens jeder zehnte Beschäftigte re-

ANTEIL DER BESCHÄFTIGTEN IM HOMEOFFICE VOR, WÄHREND UND NACH DER KRISE



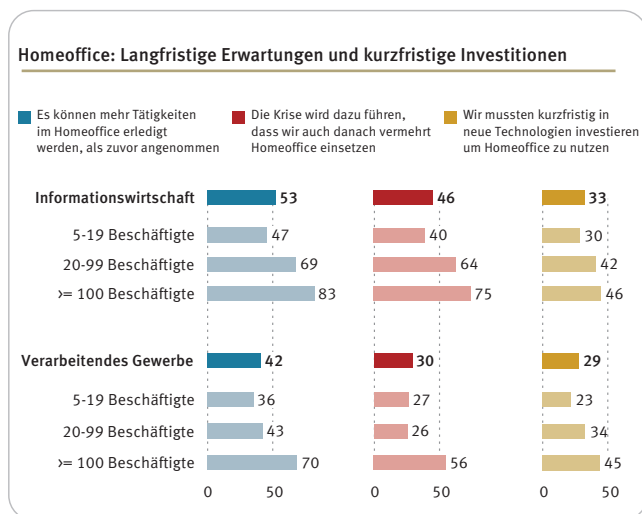
In 9 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft haben vor der Corona-Krise zwischen 11 und 20 Prozent der Beschäftigten regelmäßig mindestens einmal wöchentlich im Homeoffice gearbeitet. Nach der Krise soll dieser Unternehmensanteil bei schätzungsweise 14 Prozent liegen. Quelle: ZEW Konjunkturumfrage Informationswirtschaft, 2020

gelmäßig im Homeoffice gearbeitet. Nach der Krise soll dieser Anteil im Verarbeitenden Gewerbe auf 14 Prozent der Unternehmen und damit um mehr als das Dreifache ansteigen. Die Unternehmen gehen also davon aus, dass in Zukunft ein größerer Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zu Hause aus arbeiten wird als vor der Krise.

HOMEOFFICE: LANGFRISTIGE ERWARTUNGEN UND KURZFRISTIGE INVESTITIONEN

ZEW @ZEW · 6. Aug.

„Insbesondere in größeren Unternehmen führt die #Corona-Pandemie zu einer langfristigen Ausweitung der #Homeoffice-Angebote“, sagt #ZEW-Ökonom Daniel Erdsiek. #COVID19 #mobilesArbeiten <https://zew.de/PM7293/?tw=1>



Für 47 Prozent der Unternehmen mit 5 bis 19 Beschäftigten in der Informationswirtschaft hat die Krise gezeigt, dass mehr Tätigkeiten im Homeoffice erledigt werden können als zuvor angenommen. Quelle: ZEW Konjunkturumfrage Informationswirtschaft, 2020

Intensität der Homeoffice-Nutzung steigt in der Informationswirtschaft dauerhaft

Noch stärker sind die langanhaltenden Veränderungen in der Informationswirtschaft, welche die IKT-Branche, Mediendienstleister und wissensintensive Dienstleister umfasst. Schon vor der Krise setzte etwa jedes zweite Unternehmen in der Informationswirtschaft Homeoffice ein, da sich hier deutlich mehr Tätigkeiten für das ortsflexible Arbeiten eignen. Langfristig planen nun fast zwei Drittel der Unternehmen auch nach der Krise Homeoffice zu nutzen.

Zudem gehen die Unternehmen davon aus, dass ein steigender Anteil der Beschäftigten regelmäßig Homeoffice-Angebote in Anspruch nehmen wird. Während bislang nur in etwa jedem zehnten Unternehmen mehr als 20 Prozent der Beschäftigten regelmäßig im Homeoffice gearbeitet hatten, erwartet für die Zeit nach der Krise fast jedes dritte Unternehmen solch eine intensive Homeoffice-Nutzung. In der IKT-Branche plant sogar jedes zweite Unternehmen, dass nach der Krise mehr als 20 Prozent der Beschäftigten regelmäßig im Homeoffice arbeiten. Vor der Krise fand Homeoffice nur in jedem fünften IKT-Unternehmen breite Anwendung.

Der aktuelle Branchenreport Informationswirtschaft findet sich zum Download unter: www.zew.de/PU8182

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdziek@zew.de

Anreize für Cloud Computing schaffen

Unternehmen in Deutschland setzen zunehmend Cloud-Dienste ein, anstatt Leistungen in Informations- und Kommunikationstechnologien innerhalb des Unternehmens selbst zu erbringen. Staaten fördern dies mit verschiedenen Anreizmodellen. Ob diese Förderprogramme ihr Ziel wirklich erreichen, thematisiert eine Studie des ZEW Mannheim.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich der Zugang von Unternehmen zu digitalen Technologien grundlegend gewandelt. Um von der Digitalisierung zu profitieren, mussten Unternehmen anfangs vor allem in eigene Software und Hardware investieren. Mittlerweile greifen sie zunehmend auf die Dienste von Cloud-Computing-Anbietern zurück, um Daten zu speichern und zu verarbeiten. Diese Anbieter machen Unternehmen eine IT-Infrastruktur – Speicherplatz, Rechenleistung oder Softwareanwendungen – über das Internet zugänglich. Entsprechend hat sich der Anteil der Unternehmen, die kostenpflichtige Cloud-Computing-Dienste einsetzen, zwischen 2014 und 2018 in Deutschland von 11 Prozent auf 22 Prozent verdoppelt.

Die Ausbreitung von Cloud-Computing fällt zeitlich zusammen mit einem weiteren Trend: Unternehmen wirtschaften unabhängiger von Sachanlagen wie Maschinen oder Fabriken, während immaterielle Vermögenswerte wie Daten, Forschung und Entwicklung oder Markenwerte wichtiger werden. Cloud-Computing kann dazu beitragen, diesen Trend – gerade in der Datenverarbeitung – zu befördern, denn es ist ein günstiger und flexibler Ersatz für traditionelle Soft- und Hardwaretechnologien.

Erreichen die Förderprogramme ihren Zweck?

An Cloud-Computing knüpfen sich in wirtschaftlicher Hinsicht große Hoffnungen: So schätzt die Europäische Kommission, dass Cloud-Computing von 2008 bis 2020 zur Schaffung von 1,6 Millionen Arbeitsplätzen und von 2015 bis 2020 zur Entstehung von 303.000 neuen Unternehmen geführt hat. Politische Entscheidungsträger möchten daher die Verbreitung dieser Zukunftstechnologie erleichtern. Existierende politische Förderprogramme unterstützen jedoch nach wie vor oft Investitionen in physisches Kapital und nicht die Adoption digitaler Dienste. Somit ist nicht klar, ob diese Instrumente die digitale Transfor-

mation von Unternehmen durch die Nutzung von Cloud-Diensten befördern oder im Gegenteil der Verbreitung von Cloud-Computing entgegenwirken.

Die Frage, inwiefern die staatliche Investitionsförderung die Verbreitung von Cloud-Diensten beeinflusst, ist Thema einer aktuellen ZEW-Studie in Kooperation mit der OECD. Dazu werden zwei verschiedene Förderprogramme näher betrachtet: die „Annual Investment Allowance (AIA)“ aus Großbritannien und die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ aus Deutschland.

Das britische Förderprogramm AIA gewährt Unternehmen steuerliche Anreize, wenn diese in Sachkapital investieren. Diese Investitionen beinhalten auch Investitionen in IKT. Wie die Studie zeigt, führte AIA dazu, dass die geförderten Unternehmen insgesamt 64 Prozent mehr investierten. Die Investitionen zum Erwerb von IKT nahmen um 34 Prozent zu, die zum Erwerb von Hardware um 31 Prozent. Hingegen sank bei den Unternehmen die Neigung, in Cloud-Dienste zu investieren, um 12 Prozent.

Für Deutschland untersucht die Studie das regionale Förderprogramm GRW, welches Investitionen in Kapital und Personal bezuschusst. Auch hier zeigt sich: Die staatliche Förderung trägt möglicherweise dazu bei, dass Unternehmen weniger geneigt sind, in Cloud-Computing zu investieren.

Die ZEW-Studie weist darauf hin, dass Unternehmen Investitionen in IKT-Sachkapital und Investitionen in Cloud-Computing als Substitute betrachten und demnach verstärkt in Sachkapital investieren, wenn dies staatlich gefördert wird, anstatt in Cloud-Computing. So besteht die Gefahr, dass der Staat unbeabsichtigt die Verbreitung von Cloud-Computing verlangsamt, mit weiteren negativen Folgen für die Verbreitung von anderen datengetriebenen Technologien, wie etwa Big-Data-Anwendungen, die von Cloud-Computing abhängen. Die ZEW-Studie legt nahe, dass politische Entscheidungsträger die Programme zur Förderung von Investitionen in Zukunftstechnologien um digitale Dienste erweitern sollten, um auch die Unternehmen zu erreichen, die zunehmend mit immateriellen Gütern wirtschaften.

Die Studie zum Download unter: www.zew.de

Raphaela Andres, raphaela.andres@zew.de
 Dr. Thomas Niebel, thomas.niebel@zew.de
 Dr. Steffen Viete, steffen.viete@zew.de

INHALT

Unternehmen wollen auch nach der Krise an Homeoffice festhalten	1
Anreize für Cloud Computing schaffen	3
Vorschläge der Europäischen Kommission zur Digitalsteuer überzeugen nicht	4
Nachgefragt: Was leistet die geplante digitale Rentenübersicht?	5
EU Emissionshandelssystem führt zu Effizienzsteigerung bei fossilen Kraftwerken	6

Die Corona-Krise beschleunigt die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft	7
Die 750-Milliarden-Euro-Enttäuschung	8
Konjunkturelle Stimmung in der IKT-Branche befindet sich auf historischem Tiefstand	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine	11
Standpunkt	12



Die Besteuerung digitaler Unternehmen stellt eine große Herausforderung dar.

Foto: © iStockphoto.com/stockcam

Vorschläge der Europäischen Kommission zur Digitalsteuer überzeugen nicht

In der Corona-Krise haben die Staaten der EU hohe Schulden aufgenommen. Eine Digitalsteuer gilt als mögliche Einnahmequelle, um die Rückzahlung dieser Schulden zu ermöglichen. Die EU hat bereits 2018 zwei Vorschläge für eine Besteuerung digitaler Unternehmen erarbeitet, die jedoch das Steuersystem noch komplexer machen und auch wirtschaftlich nicht überzeugen.

Die digitale Transformation ist einer der größten Treiber von Veränderungen seit der industriellen Revolution. Eine Vielzahl technischer Innovationen in Kommunikation und Informationsverarbeitung ermöglicht völlig neue Geschäftsmodelle und trägt zur stetigen Umgestaltung existierender Modelle bei. Grundsätzlich wird die Digitalisierung als positiv für die Gesellschaft und das unternehmerische Innovationsklima gesehen. Allerdings bedeutet sie eine enorme Herausforderung für das System der Unternehmensbesteuerung.

Digitale Unternehmen müssen nicht vor Ort sein

Dieses knüpfte bisher an den Ort der Wertschöpfung eines Unternehmens an, also an Betriebsstätten oder Konzerneinheiten. Bei global vernetzten und oft lokal ungebundenen Wertschöpfungsmodellen digitaler Unternehmen findet das Steuersystem jedoch keinen solchen Ansatzpunkt für eine Besteuerung. Hinzu kommt, dass die Geschäftsmodelle digitaler Unternehmen häufig auf immateriellen Wirtschaftsgütern basieren; die Verarbeitung und Bereitstellung von Daten sowie die Interaktion mit Nutzern stehen im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Beschäftigten, die über das Wissen verfügen, digitale Produkte wie etwa Algorithmen zu entwickeln, mit deren Hilfe die gewonnenen Daten ausgewertet werden können. Auch sind immaterielle Wirtschaftsgüter verglichen mit realen Produktionsstätten sehr mobil. So können digitale Unternehmen komplexe Wertschöpfungsketten auch über mehrere Länder hinweg betreiben.

Falls Finanzverwaltungen nur einen unzureichenden Einblick in digitale Geschäftsmodelle erhalten, kann das dazu führen, dass sie Wertschöpfungsbeiträge falsch zuordnen. Mitunter

kann dies auch dazu beitragen, dass digitale Unternehmen ihre Gewinne vermehrt in Niedrigsteuerrändern ausweisen. Dadurch sinkt die Besteuerungsgrundlage und damit das Steueraufkommen in Hochsteuerrändern wie Deutschland oder Frankreich. Es ist also notwendig, die Geschäftsmodelle digitaler Unternehmen besser zu analysieren, um Transferpreisregelungen anwenden zu können und so eine angemessene Besteuerung sicherzustellen.

Derzeitige Besteuerung nicht mehr zeitgemäß

Insofern ist das derzeitige System der Unternehmensbesteuerung nicht zeitgemäß. Die Europäische Kommission hat daher im Jahr 2018 zwei Richtlinienvorschläge zur Besteuerung digitaler Unternehmen entwickelt. Der erste Vorschlag sieht als Übergangslösung vor, eine europaweite Digitalsteuer auf Erträge aus der Platzierung von Onlinewerbung, aus digitalen Vermittlungsgeschäften und aus der Veräußerung von Nutzerdaten einzuführen. Er soll gelten, bis der zweite Vorschlag eingeführt ist, der eine Ausweitung des Betriebsstättenkonzepts bei „signifikanter digitaler Präsenz“ als langfristige Lösung beinhaltet.

Die ökonomischen Folgen dieser beiden Vorschläge sind schwer abzuschätzen, überzeugen indes nicht. Die beliebig festgelegten Größengrenzen können zu realen ökonomischen Verzerrungen führen und bewirken, dass Unternehmen ihr Wachstum begrenzen. Auch steigt das Risiko einer internationalen Doppelbesteuerung. Gleichzeitig wird das Steuersystem deutlich komplexer. Hinzu kommt, dass die erwarteten Mehreinnahmen von fünf Milliarden Euro auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden, sodass jedes einzelne Land nur eine geringe Steuersumme erhalte. Dass einige Länder im nationalen Alleingang Digitalsteuern eingeführt haben, verkompliziert und zersplittert das europäische Steuersystem. Es erhöht das steuerliche Risiko für digitale und innovative Unternehmen und senkt dadurch die Investitionsanreize für diese Unternehmen. Aus diesem Grund ist eine koordinierte, europaweite Vorgehensweise zu bevorzugen.

Daniel Klein, d.klein@uni-mannheim.de
Christopher Ludwig, christopher.ludwig@zew.de
Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@uni-mannheim.de

Nachgefragt: Was leistet die geplante digitale Rentenübersicht?

„Das ist ein zentraler Schritt hin zu mehr Rententransparenz und mehr Überblick“

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer digitalen Rentenübersicht verabschiedet. Unter dem Dach der Deutschen Rentenversicherung soll dazu ein Informationsportal aufgebaut werden, das alle drei Säulen der Altersvorsorge - gesetzlich, betrieblich und privat - umfasst. Dort soll ersichtlich sein, wie viel Geld man bereits gespart hat und mit welcher Rentenhöhe man etwa rechnen kann. Im Interview spricht ZEW-Ökonomin Professor Tabea Bucher-Koenen darüber, warum eine solche digitale Rentenübersicht wichtig ist.

Was genau kann man sich unter einer digitalen Rentenübersicht vorstellen?

Eine Digitale Rentenübersicht erlaubt es Menschen, einen Überblick über die Einkommen aus verschiedenen Altersvorsorgequellen zu bekommen. Sie soll ermöglichen, dass Leute einfach und schnell einen Überblick darüber bekommen, welche Ansprüche sie zum Beispiel in der gesetzlichen oder in verschiedenen privaten und betrieblichen Altersvorsorgeverträgen erworben haben. Diese Ansprüche werden gemeinsam dargestellt und zusammenaddiert. Zwar versenden die Anbieter auch heute schon Standmitteilungen per Post. Aber ich glaube, die wenigsten Menschen haben ein System dahinter oder tragen die Zahlen in eine säuberlich sortierte Excel-Tabelle ein, sodass sie immer einen Überblick haben. Das Ziel der Digitalen Rentenübersicht ist, einen Überblick zu geben. Und zwar von einer neutralen Stelle, die all die verschiedenen Ansprüche zusammenträgt und übersichtlich auf einer Seite darstellt.

Worauf kommt es langfristig bei der Rentenübersicht an?

Im Moment konzentriert sich dieser Gesetzesvorschlag auf die versicherungsnahen Produkte. Der wichtige nächste Schritt ist, dass man diesen Überblick so allgemein und flexibel gestaltet, dass die Menschen die Informationen in Apps von anderen Anbietern übertragen können, die ihnen dann eine individuelle Anpassung erlauben. Zum Beispiel könnte es sein, dass man das Aktiendepot miteinbeziehen will. In der digitalen Rentenübersicht, die von der Rentenversicherung angeboten werden soll, wäre das nicht möglich. Ich muss also frei sein, als Endnutzerin meine Daten aus der digitalen Rentenplattform, die vom Staat angeboten wird, mitzunehmen und in einen anderen Kontext einzubetten. Zentral ist aus meiner Sicht außerdem, dass Leute, die ein bisschen tiefer einsteigen wollen, die Möglichkeit bekommen, ihre eigenen Parameter zu setzen. Ich glaube, man braucht die Möglichkeit, damit herumzuspielen und zu sehen, was passiert, wenn ich jetzt noch einen Sparvertrag abschließe und 50 Euro im Monat zusätzlich zurücklege. Oder wenn ich ein Jahr früher oder später in Rente gehe.

Sie waren an einer Studie zum Thema Rentenübersicht beteiligt. Was haben Sie da herausgefunden?

Für die Studie haben wir ein Altersvorsorgecockpit programmiert und Freiwilligen aus dem Kundenpool zweier Banken angeboten, einen Rentenüberblick für sie zu erstellen. Zuerst haben wir die Leute zu einem kleinen Fragebogen zum Thema Altersvorsorge eingeladen. Danach haben wir sie gebeten, sich für die App zu registrieren und die Informationen aus ihren Standmitteilungen manuell einzupflegen oder uns zuzuschicken. Die erste Erkenntnis aus diesem Experiment war, dass ein Rentencockpit automatisch sein muss, weil es einfach viel zu aufwendig ist, die Zahlen manuell einzugeben. Die zweite Erkenntnis war, dass unglaublich viele Leute abgebrochen haben. Es war eine riesengroße Hürde, uns überhaupt die Information bereitzustellen, die wir brauchten, damit wir die Cockpits erstellen konnten. Ich glaube, wenn man den Leuten die Altersvorsorgeplanung erleichtern will, dann muss man unglaublich weit unten anfangen und die Anfangskosten möglichst gering halten. Je einfacher das ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Leute sich das angucken und tatsächlich auch Nutzen daraus ziehen.

Haben die Teilnehmer der Studie ihr Verhalten verändert?

Wir haben festgestellt, dass die Leute die Informationen sehr hilfreich fanden. Sie haben sich im Nachhinein besser informiert gefühlt als vorher. Außerdem haben wir herausgefunden, dass insbesondere Personen, die vorher eher geringeres Finanzwissen hatten, im Nachhinein ihr Sparverhalten eher angepasst haben. In den folgenden Monaten konnten wir sehen, dass Personen, die sich am Anfang wenig informiert gefühlt hatten, nach der Teilnahme angaben, dass sie ihr Altersvorsorgeverhalten angepasst haben mehr für die Altersvorsorge zurücklegen als zuvor.

“




Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen

leitet seit Januar 2019 den ZEW-Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der Finanzen privater Haushalte (Household Finance), der Altersökonomie und des demografischen

Wandels, insbesondere beschäftigt sie sich mit privaten und staatlichen Rentensystemen und langfristigen Finanzentscheidungen. Tabea Bucher-Koenen promovierte an der Universität Mannheim. Sie war von 2011 bis 2018 am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik beschäftigt, davon von 2014 bis 2018 als Leiterin des Forschungsbereichs Alterssicherung und Sozialpolitik.

tabea.bucher-koenen@zew.de



Der Emissionshandel hat bewirkt, dass fossile Kraftwerke ihren Brennstoffeinsatz für die Energieerzeugung verringert haben.

Foto: © iStockphoto.com/vofka

EU Emissionshandelssystem führt zu Effizienzsteigerung bei fossilen Kraftwerken

Die Energiewirtschaft spielt eine zentrale Rolle in Klimaschutzmaßnahmen weltweit, denn in vielen Ländern basiert ein Großteil der Stromerzeugung auf der Verbrennung fossiler Brennstoffe. Werden Treibhausgasemissionen bepreist, etwa im Rahmen eines Emissionshandelssystems, können Emissionen effektiv und kostengünstig gesenkt werden. Fossile Kraftwerke in Deutschland haben auf die Einführung des EU Emissionshandelssystems (EU EHS) reagiert und die Effizienz ihres Brennstoffeinsatzes gesteigert. Wie eine Studie des ZEW Mannheim zeigt, konnten so Brennstoffkosten und Treibhausgasemissionen eingespart werden.

Die ZEW-Studie untersucht die Wirkung des EU EHS auf fossile Kraftwerke – also mit Steinkohle, Braunkohle und Erdgas befeuerte Kraftwerke – in Deutschland. Im Rahmen des EU EHS müssen regulierte Anlagen in jeder Periode Zertifikate in Höhe ihres Ausstoßes an Treibhausgasen vorweisen, deren Preise sich am Zertifikatsmarkt bilden. Dadurch erhalten regulierte Anlagen einen Anreiz, entweder eigenständig Emissionen zu vermeiden oder mehr Zertifikate zu erwerben, sodass die Nachfrage nach Zertifikaten und somit der Zertifikatspreis steigt. Durch die limitierte Anzahl an Zertifikaten führt dieser Preisanstieg zu Emissionsreduktionen bei anderen regulierten Anlagen, sodass die Emissionen dort vermieden werden, wo sie zu den geringsten Kosten eingespart werden können.

Treibhausgasemissionen um bis zu 2 Prozent gesunken

Das zentrale Ergebnis der Studie ist, dass fossile Kraftwerke insbesondere die Effizienz des Brennstoffeinsatzes gesteigert haben, also den Brennstoffeinsatz bei gleichbleibender Erzeugung verringert haben. Dies hat nicht nur die Brennstoffkosten pro Outputeinheit gesenkt, sondern auch Treibhausgasemissionen eingespart. Laut Studie sind die jährlichen Treibhausgasemissionen fossiler Kraftwerken in Deutschland um etwa 1,5 bis 2 Prozent zurückgegangen. Dabei legt die Studie nahe, dass diese Einsparungen durch Investitionen in Effizienzverbesserungen sowie durch Optimierung in Kraftwerken mit mehreren Erzeugungseinheiten erzielt wurden. So ist durch den EU EHS

die Wahrscheinlichkeit großer Investitionen in Sachanlagen (wie z.B. Maschinen) gestiegen. Zudem haben CO₂-intensivere Kraftwerke einen geringeren Output produziert.

Fast alle deutschen Kraftwerke durch EU EHS reguliert

Die Analyse basiert auf Mikrodaten der amtlichen Statistik zu einzelnen Kraftwerken in Deutschland. Durch die erstmalige Nutzung dieser Daten zur Analyse des EU EHS komplementiert die ZEW-Studie die wissenschaftliche Literatur zu Emissionshandelssystemen im Energiesektor. Evidenz basierend auf empirischen ex-post Analysen des EU EHS und dessen Wirkung im Energiesektor ist bislang rar. Dies liegt vor allem an der (fehlenden) Verfügbarkeit geeigneter Mikrodatsätze sowie an Eigenheiten des Energiesektors, die eine Anwendung der Methoden der empirischen Wirkungsanalyse erschweren.

In Deutschland sind fast alle (größeren) Kraftwerke durch das EU EHS reguliert. Dadurch ist es nicht möglich, eine Gruppe von Kraftwerken, die durch den EU EHS reguliert wird, mit einer Kontrollgruppe zu vergleichen. Die in der ZEW-Studie verwendeten Mikrodaten, insbesondere zu Brennstoffeinsatz vor der Einführung des EU EHS, ermöglichen es, diese methodischen Probleme zu umgehen. Dabei werden Intensitäten der Regulierung über individuelle CO₂-Kosten berechnet und anschließend genutzt, um die Wirkung des EU EHS zu identifizieren. Zudem werden in zahlreichen Sensitivitätsanalysen alternative Erklärungsansätze und Wirkungskanäle überprüft.

Die ZEW-Studie trägt daher zur Debatte um nationale und internationale Klimaschutzbemühungen und geeignete Politikinstrumente empirische Evidenz bei. Sie zeigt zudem, dass eine Bepreisung von Emissionen durch ein Emissionshandelssystem vielfältige Anreize zur Emissionsvermeidung schaffen kann, beispielsweise indem Effizienzpotenziale in der Verbrennung fossiler Brennstoffe gehoben werden. Die ZEW-Studie dokumentiert die tatsächliche Wirkungsweise des Instruments und erweitert somit die wissenschaftliche Grundlage auch für zukünftige, wirtschaftspolitische Entscheidungen bezüglich des EU EHS.

Robert Germeshausen, robert.germeshausen@zew.de

Die Corona-Krise beschleunigt die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft

Seit dem Lockdown im Frühjahr haben Unternehmen und Beschäftigte in Deutschland reichlich Erfahrung mit Homeoffice gesammelt. Im Digitalformat #ZEWlive diskutierten Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“, und Luka Mucic, Finanzvorstand der SAP SE, wie sich die Erkenntnisse aus der Corona-Zeit langfristig nutzbar machen lassen können. Die digitale Veranstaltungsreihe #ZEWlive fokussierte sich bei dieser Ausgabe auf „Corona und die digitale Ökonomie: Die Krise als Chance?“. Die Moderation übernahm die Journalistin Elif Şenel. Die rund 150 Zuschauerinnen und Zuschauer konnten sich per Chat-Funktion an der Diskussion beteiligen.

„Wer digitalisiert, kommt gesünder durch die Krise“, sagte ZEW-Digitalexpertin Irene Bertschek in ihrem Eingangsstatement. Wie eine Studie des ZEW Mannheim zeigt, sind Unternehmen mit einem hohen Digitalisierungsgrad besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 gekommen. Drei Faktoren waren in der Corona-Krise besonders wichtig, so Bertschek weiter. „Unternehmen mussten flexibel auf den Nachfragerückgang reagieren und ihre Produktion umstellen. Sie mussten die Distanz wahren, etwa mithilfe von Homeoffice oder durch den Einsatz von Robotern. Und sie mussten versuchen, über ihre Online-Präsenz sichtbar zu bleiben. Digitalisierung ist ein Treiber für alle diese drei Faktoren.“

Gleichzeitig stellte die ZEW-Ökonomin jedoch fest: „Deutschland schöpft die Potenziale der Digitalisierung nicht voll aus.“ SAP-Vorstand Luka Mucic pflichtete ihr bei. „Die digitalen Schwachstellen in Deutschland sind deutlich zutage getreten: in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungs- und im Gesundheitswesen“, stellte er fest. „Ich glaube, das ist ein Brennglas, aus dem jetzt noch viele Initiativen entstehen werden und müssen“, meinte Mucic. „Ein weiteres Hindernis ist der Föderalismus, der uns jetzt zum Nachteil gereicht, weil er zu Fragmentierung führt. Österreich hat die Abstimmung der Ebenen im föderalen System wesentlich besser optimiert als wir.“

Deutschland hinkt international hinterher

Bei der Nutzung digitaler Technologien belegt die deutsche Wirtschaft im europäischen Vergleich nur Platz 18 von 28. „Die Unternehmenslandschaft ist hierzulande von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt, die zögerlicher bei der Adaption von neuen Technologien sind“, erklärte Bertschek. „Außerdem ist die Besorgnis hinsichtlich Datenschutz und Datensicherheit in Deutschland stärker ausgeprägt als in anderen Ländern.“ Sie wies zudem darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft sehr erfolgreiche Jahre hinter sich hat. „Das ist für viele ein Grund, sich nicht um Digitalisierung zu kümmern. Es kann auch ein Hindernis sein, wenn es gut läuft“.

Wie Zahlen des ZEW zeigen, kommt KI bislang nur in sechs Prozent aller Unternehmen in Deutschland zum Einsatz. SAP-Mann Mucic sagte dazu: „Um eine mächtige und inhaltlich robust arbeitende KI etablieren zu können, braucht man einen großen Bestand möglichst aussagekräftiger Daten. Da fehlen uns, gerade auch im Vergleich zu China und den USA, noch die Datenpools.“ Auch hier spielte das Thema Datensicherheit wieder eine Rolle. „Wir müssen eine europäische Datenstrategie entwickeln und einen besseren datenschutzkonformen Zugang zu Datenplattformen bieten, aus denen dann industrielle Anwendungen entwickelt werden können“, forderte Mucic.



ZEW-Ökonomin Prof. Dr. Irene Bertschek (l.) diskutierte mit SAP-Finanzvorstand Luka Mucic über die Folgen der Corona-Krise für die Digitalisierung.

ZEW-Forscherin Bertschek äußerte die Hoffnung, dass die Corona-Krise der deutschen Wirtschaft einen nachhaltigen Digitalisierungsstoß versetzt. „Homeoffice und Videokonferenzen können nicht alles gewesen sein. Wir müssen neue Produkte und Dienste entwickeln und das Momentum nutzen, um einen Schritt weiterzukommen.“ Sie zeigte sich zuversichtlich, dass die Voraussetzungen dafür nun geschaffen würden. „Mit dem Zukunftspaket hat die Bundesregierung das Signal gesetzt.“

Luka Mucic vertrat die Ansicht, dass die Politik die Krise gut gemeistert habe. „Die gleiche Energie müssen wir jetzt in die nachhaltigen Programme investieren. Wir müssen KI, die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung und die Rahmenbedingung für digitale Innovationen stärken. Dafür brauchen wir eine steuerliche Förderung von Innovationsprozessen, eine gute Balance zwischen der Nutzbarkeit von Daten und ihrem Schutz sowie Umsetzungsprozesse, um Cloud-Computing voranzubringen“, legte Mucic dar. „Ich glaube, dass wir einen nachhaltigen Digitalisierungsschub erleben werden“, prognostizierte er.

Carola Hesch, carola.hesch@zew.de

Die 750-Milliarden-Euro-Enttäuschung

Das Fehlen einer Fiskalunion, also einer gemeinsamen Finanzpolitik, gilt seit der Euro-Einführung als der zentrale Konstruktionsfehler der europäischen Wirtschaftsverfassung. Mit dem Corona-Wiederaufbauplan „Next Generation EU“ schafft sich Europa nun ein Instrument, das erstmalig nennenswert über den EU-Haushalt mit seinem engen Fokus auf Agrarsubventionen und Transfers zur Angleichung des Lebensstandards hinausgehen soll.

Obwohl der Wiederaufbauplan die gewaltige Summe von 750 Milliarden Euro mobilisiert, ist er eine herbe Enttäuschung in Hinblick auf die drei großen Zielsetzungen, die üblicherweise mit einer europäischen Fiskalunion verbunden werden. Sie soll erstens Instrumente zur Dämpfung asymmetrischer Wirtschaftsschocks bieten. Zweitens soll sie Projekte mit einem echten europäischen Mehrwert finanzieren. Und drittens soll eine Fiskalunion den Mitgliedstaaten helfen, Strukturprobleme und Wachstumshindernisse zu überwinden.

Um Wirtschaftsschocks zu dämpfen, sollten zielgenau Mittel in jene Länder fließen, die von einer Rezession überdurchschnittlich schwer getroffen werden. Der Corona-Fonds begünstigt allerdings stark die ärmeren Länder. Viel Geld fließt an osteuropäische Länder wie Polen, das voraussichtlich am besten durch die Corona-Rezession kommt. Umgekehrt wird einigen der besonders schwer getroffenen Ländern wie Irland oder Frankreich kaum geholfen.

EU-Gipfel kassiert Gesundheitsbudget

Beim der Orientierung am „europäischen Mehrwert“ fällt die Bewertung des Fonds zwar nicht ganz so schlecht aus. Die begünstigten Mitgliedstaaten sollen die Mittel vor allem im Sinne der EU-Klimapolitik oder für ihre Digitalisierungsstrategien einsetzen, wo nationale Bemühungen tatsächlich eine europäische Rendite versprechen. Allerdings hatte die Kommission auch den Einstieg in eine europäische Seuchen- und Gesundheitspolitik vorgeschlagen. Dass der EU-Sondergipfel im Juli ausgerechnet das Gesundheitsbudget kassiert hat, spricht Bände.

Am deutlichsten verfehlt der Wiederaufbauplan jedoch das letzte Kriterium: Er sieht keine effektiven Hilfsmaßnahmen zur Überwindung nationaler Strukturprobleme vor. Maßgeblich sind die sogenannten „länderspezifischen Empfehlungen“. Sie sind jedoch vage, werden recht willkürlich bestimmt – und entziehen sich weitgehend einer objektiven Überwachung. Noch dazu liegt die maßgebliche Aufsicht bei der Europäischen Kommission, die nicht einmal in der Lage ist, einen glaubwürdigen Druck zur Befolgung der Regeln des Stabilitätspakts aufzubauen.

Politökonomisch überrascht es nicht, dass der Wiederaufbauplan den Vorgaben für einen funktionsfähigen fiskalischen Rahmen nicht entspricht. Die Kommission hat eine Allianz süd- und osteuropäischer Staaten organisiert. Gegen diesen mit Frankreich und Deutschland verbündeten Block waren die „Sparsamen Vier“, also Dänemark, Schweden, die Niederlande und Österreich, de facto marginalisiert. Die Verteilung reflektiert die Macht der neuen Koalitionen in der Post-Brexit-EU. Das Ziel einer besseren makroökonomischen Stabilisierung wird verfehlt.

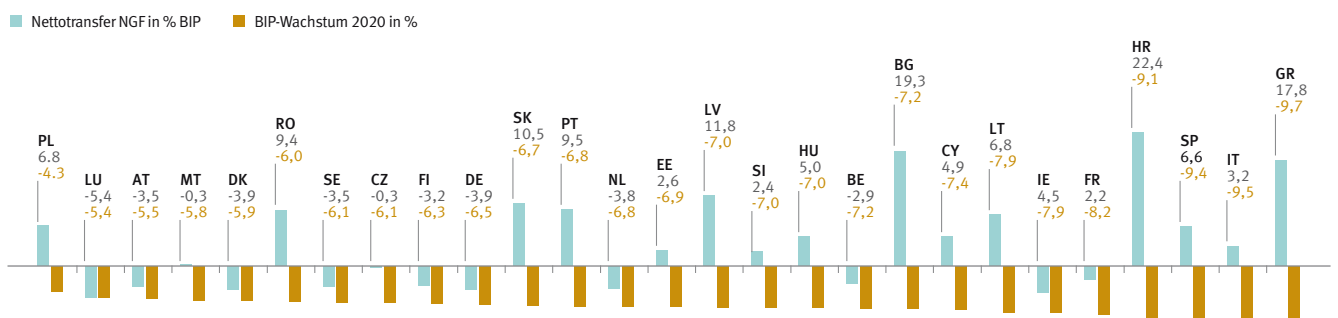
Das Ergebnis ist aber von Vorteil für eine Mehrheit der Staaten. Auch die Absage an Positionen mit klarem europäischen Mehrwert ist nicht überraschend. Schließlich ist auch die absehbare Verfehlung der dritten Zielsetzung politisch nachvollziehbar. Für das Unvermögen, einen wirksamen Reformdruck aufzubauen, war das Narrativ von der unverschuldeten Krise maßgeblich. Dieses Narrativ ist genauso populär wie falsch. Natürlich tragen die Mitgliedstaaten die maßgebliche Verantwortung dafür, wie sie in die Krise hineingeraten sind.

Der 750-Milliarden-Euro-Misserfolg hat eine gefährliche Konsequenz, über die noch viel zu wenig gesprochen wird: Zusehends erodiert die Überzeugung, dass Europas Wirtschafts- und Währungsunion auch den ökonomisch starken Staaten nützt. Der erfolglose Widerstand der „Sparsamen Vier“ ist Ausdruck einer wachsenden Frustration.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de

Dieser Beitrag ist am 16. August 2020 in einer längeren Fassung in der „Frakfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ erschienen.

NETTO-BEGÜNSTIGUNG DURCH NEXT GENERATION IN % DES BIP UND SCHWERE DER REZESSION 2020



Eigene Berechnungen auf Basis des Kommissionsvorschlags für Next Generation EU vom Mai 2020. Werte in gelb: Prognostizierte BIP-Entwicklung 2020 gemäß Frühjahrsprognose Europäische Kommission.

Quelle: ZEW

Konjunkturelle Stimmung in der IKT-Branche befindet sich auf historischem Tiefstand

Die konjunkturelle Stimmung in der Branche Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) hat sich im zweiten Quartal 2020 weiter eingetrübt. Der Stimmungsindikator des ZEW Mannheim für die deutsche IKT-Branche verliert 3,5 Punkte im Vergleich zum ersten Quartal 2020 und sinkt auf einen historischen Tiefstand von 47,6 Punkten. Damit rutscht er erstmals seit Beginn der Erhebung im Jahr 2011 unter die kritische Marke von 50 Punkten und signalisiert eine negative Entwicklung der Geschäfte. Neben Umsatz und Nachfrage blicken die IKT-Unternehmen zudem pessimistisch auf die Veränderungen des Personalbestands.

Fortschritte beim Thema Digitalisierung sind zurzeit als ein wichtiges Mittel zur Bewältigung der Corona-Krise in aller Munde. Trotzdem haben im Moment auch Unternehmen der Branche Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als Anbieter digitaler Lösungen sehr mit der Krise zu kämpfen. Im zweiten Quartal 2020 hat sich die Geschäftslage bei den in Deutschland ansässigen IKT-Unternehmen deutlich verschlechtert. So fiel bei knapp 42 Prozent der Unternehmen der Umsatz geringer aus als im Vorquartal, während lediglich 19 Prozent der Unternehmen Umsatzsteigerungen erzielen konnten. Auch die Nachfrage nach den eigenen Produkten und Dienstleistungen bewerten die IKT-Unternehmen überwiegend als rückläufig. Infolge dieser negativen Entwicklung sinkt der Teilindikator für die Geschäftslage von 51,7 Punkten im Vorquartal auf einen Wert von aktuell nur 36,7 Punkten.

Hardwarehersteller wesentlich pessimistischer als IKT-Dienstleister

Während der Teilindikator für die Geschäftslage um 15 Punkte abstürzt, hellen sich die Geschäftserwartungen in der IKT-Branche derweil etwas auf. Rund 41 Prozent der IKT-Unternehmen erwarten eine steigende Nachfrage, und 37 Prozent rechnen mit einem Umsatzplus im dritten Quartal 2020. Deutlich seltener befürchten die Unternehmen hingegen einen weiteren Nachfragerückgang (14 Prozent) oder steigende Umsatzeinbußen (18 Prozent). Als Resultat legt im zweiten Quartal 2020 der Teilindikator für die Geschäftserwartungen im Vergleich zum Vorquartal um 11,2 Punkte zu und erreicht einen Stand von 61,7 Punkten.

Die Geschäftslage und auch die Geschäftserwartungen fallen in der IKT-Hardwarebranche allerdings deutlich schlechter aus als bei den IKT-Dienstleistern. Während in der Hardwarebranche beispielsweise 87,7 Prozent der Unternehmen Umsatzeinbußen im zweiten Quartal verkraften mussten, beläuft sich der Anteil bei den IKT-Dienstleistern auf etwa 36 Prozent. Darüber hinaus blicken die Hardwarehersteller im Gegensatz zu den IKT-Dienstleistern überwiegend pessimistisch auf das dritte Quartal 2020. So rechnen die Hardwarehersteller deutlich häufiger mit zuneh-

menden Umsatzeinbußen (40 Prozent) als mit Umsatzsteigerungen (20 Prozent). Bei den IKT-Dienstleistern gehen im Gegensatz dazu nur 15 Prozent von einem Umsatzrückgang, aber 40 Prozent von einem künftigen Umsatzplus aus.

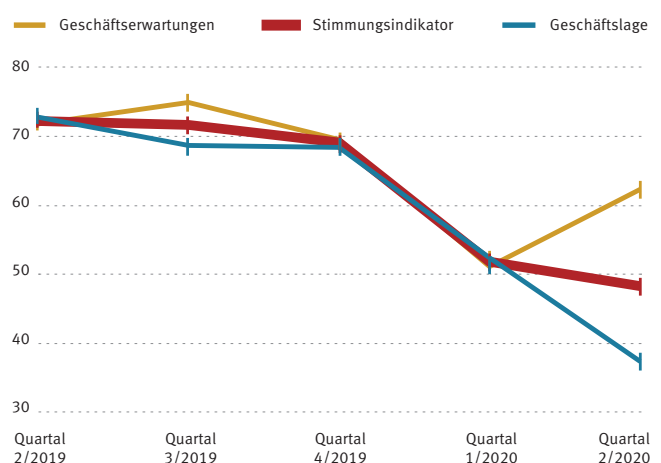
Corona-Krise beeinträchtigt die Beschäftigung

Im zweiten Quartal 2020 machen sich die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Beschäftigung auch in der IKT-Branche deutlich bemerkbar. In jedem vierten Unternehmen ist der Personalbestand im Vergleich zum Vorquartal gesunken. Lediglich zehn Prozent der Unternehmen konnten ihren Personalbestand aufstocken, während die restlichen 65 Prozent der Unternehmen ihren Personalbestand nicht verändert haben. Bei den Personalerwartungen für das dritte Quartal 2020 zeigen sich die IKT-Unternehmen ebenfalls etwas häufiger pessimistisch als optimistisch. Während 22 Prozent der Unternehmen mit einem Personalabbau rechnen, planen etwa 15 Prozent der Unternehmen Neueinstellungen. Knapp 63 Prozent der Unternehmen gehen demnach von einem konstanten Personalbestand im nächsten Quartal aus.

Die Ergebnisse zum Stimmungsindikator für die IKT-Branche stammen aus der im Juni 2020 durchgeführten Konjunkturumfrage Informationswirtschaft des ZEW-Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“. Der Wirtschaftszweig Informationswirtschaft setzt sich aus den Teilbranchen IKT, Mediendienstleister und wissensintensive Dienstleister zusammen.

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de

ZEW STIMMUNGSINDIKATOR IKT-BRANCHE



Der Stimmungsindikator für die IKT-Branche sinkt im Vergleich zum Vorquartal um 3,5 Punkte und erreicht im zweiten Quartal 2020 einen Wert von 47,6 Punkten. Der Teilindikator für die Geschäftserwartungen für das dritte Quartal 2020 steigt auf einen Wert von 61,7 Punkten und der Teilindikator für die aktuelle Geschäftslage sinkt auf 36,7 Punkte.
Quelle: ZEW

Sebastian Rausch leitet den ZEW-Forschungsbereich Umweltökonomik

Prof. Dr. Sebastian Rausch hat zum 1. August 2020 die Leitung des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ am ZEW Mannheim übernommen. „Ich freue mich darauf, als Leiter des Forschungsbereichs meine Forschung zur Gestaltung von Emissions- und Energiemärkten zu intensivieren und sie in die klima- und wirtschaftspolitische Diskussion einzubringen“, sagt Sebastian Rausch. „Die weltweite Klimadebatte hat in den vergangenen Jahren das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung von Umweltqualität für das menschliche und wirtschaftliche Wohlergehen stark in den Vordergrund gerückt. Das ZEW Mannheim und die renommierten VWL-Bereiche an den Universitäten Heidelberg und Mannheim bieten ein ideales Umfeld für politik- und gesellschaftlich relevante Forschung zu zentralen umweltökonomischen Herausforderungen unserer Zeit.“ ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. kommentiert die Besetzung: „Ich freue mich sehr, dass wir mit Sebastian Rausch einen international etablierten Umwelt- und Energieökonom für die Leitung unseres Forschungsbereichs Umweltökonomik gewinnen konnten.“ Rauschs wissenschaftliche Schwerpunkte liegen auf der Umwelt- und Energieökonomik. Er befasst sich vor allem mit der ökonomischen Modellierung von Emissions- und Energiemärkten mit dem Ziel, Klima- und Energiepolitik vorab bewerten zu können. Rausch



studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn. Nach der Promotion an der Ruhr Graduate School in Economics und der Universität Duisburg-Essen forschte er am Massachusetts Institute of Technology, USA. Zuletzt hatte Rausch eine Assistenzprofessur an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, Schweiz, inne. Rausch folgt einem gemeinsamen Ruf des ZEW und der Universität Heidelberg.

ZEW rekrutiert auch während der Corona-Krise erfolgreich

Die Corona-Krise trifft den Arbeitsmarkt hart. Die Pandemie machte ein Abweichen von der bisherigen Praxis und den üblichen Verfahren notwendig – auch im Personalmanagement. Das ZEW Mannheim passte sich umgehend den neuen Bedingungen an und konnte seine Personalplanung erfolgreich fortsetzen. So führte das ZEW-Personalteam 77 Bewerbungsgespräche und stellte 14 neue Mitarbeiter/-innen sowie eine Auszubildende ein. „Obwohl im Arbeitsmarkt große Unsicherheit herrscht und das Bewerbungsmanagement umgestellt werden musste,

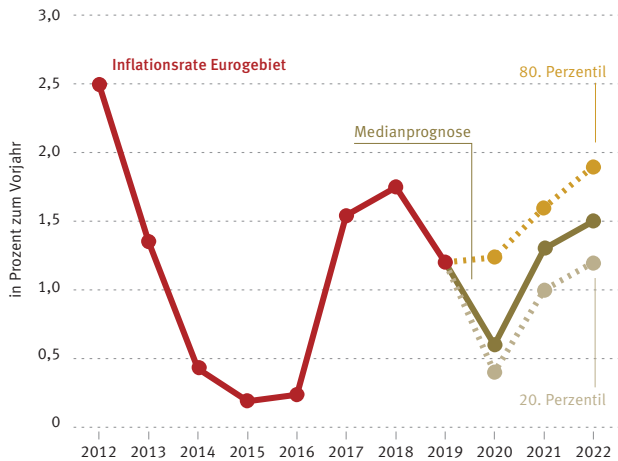
konnten wir unsere Stellen in der Forschung wie geplant besetzen“, fasst Katharina Pakebusch, Leiterin des ZEW-Personalbereichs, die Situation zusammen. Die Auswirkungen der Corona-Krise machen das Personalmanagement am ZEW digitaler. So finden vermehrt Telefon- und vor allem Videointerviews statt. „Wir haben Abläufe individueller angepasst, sind digitaler geworden. Den persönlichen Eindruck kann ein virtuelles Treffen aber nicht ersetzen. Wir setzen deshalb auf ein hybrides Bewerbungsverfahren“, kommentiert ZEW-Personalreferentin Ann-Kathrin Daubner. Gespräche führt das ZEW-Team derzeit mit einer reduzierten Anzahl an Interviewpartnern/-innen sowie Teamkollegen/-innen unter den gegebenen Sicherheits- und Gesundheitsmaßnahmen auch vor Ort – eine Herausforderung gerade bei einem internationalen Bewerberpool. Das Institut rekrutiert, wie auch vor der Corona-Pandemie, viele wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Europa und Übersee. Bei der Einstellung muss das Personalmanagement des ZEW flexibel auf die erschwerten Einreisebestimmungen und die aktuellen Vorgaben des Robert-Koch-Instituts reagieren. Neben dem Bewerbungsverfahren gestaltet sich die Einarbeitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Corona neu. „Durch unsere Patenschaften wird die soziale Einbindung in das ZEW sichergestellt. Auch soll unter Beachtung der Hygienemaßnahmen weiterhin die Anwesenheit am ZEW möglich bleiben und so den Einstieg erleichtern“, so Katharina Pakebusch.



ZEW-Personalleiterin Katharina Pakebusch (unten) und Personalreferentin Ann-Kathrin Daubner (links) im Gespräch.

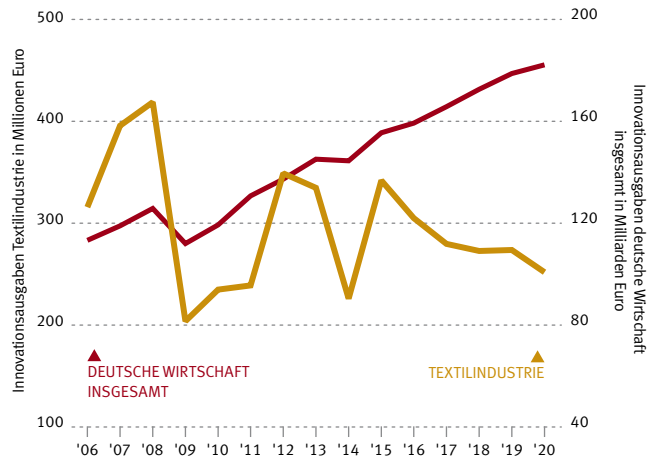
Foto: ZEW

Nur geringe Preissteigerungen im Eurogebiet erwartet



Mittelfristige Inflationsprognosen für das Eurogebiet (Angaben in Prozent der Gesamtzahl der Antworten) Quelle: ZEW

Unternehmen der deutschen Textilindustrie sind überdurchschnittlich innovativ



* Planzahlen vom Frühjahr/Sommer 2019. Quelle: ZEW, Deutsche Innovationserhebung

Die Corona-Krise hinterlässt ihre Spuren auch bei der Inflationsentwicklung: Konjunkturbedingt sanken die Inflationsraten in den vergangenen Monaten im Eurogebiet erheblich. Während die Inflationsrate (gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex) im Februar 2020, also vor Beginn der Corona-Krise, noch bei 1,2 Prozent lag, ging sie bis Mai 2020 auf 0,1 Prozent zurück und stieg zuletzt im Juli wieder auf 0,4 Prozent an. Der Rückgang der Inflationsrate ist vor allem auf die stark eingebrochenen Energiepreise zurückzuführen. Die Prognosen der Finanzexpertinnen und Finanzexperten gehen für das gesamte Jahr 2020 zwar von einem vorübergehenden Rückgang der Inflationsrate auf 0,6 Prozent im Jahresdurchschnitt aus, für die Folgejahre sehen die Prognosen jedoch wieder Werte, wie sie vor der Corona-Krise bestanden: 2021 soll die Inflationsrate bei 1,3 Prozent liegen und 2022 bei 1,5 Prozent.

Dr. Michael Schröder, michael.schroeder@zew.de

Innovationen sind für die deutsche Textilindustrie ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Im Jahr 2018 führten 71 Prozent der Unternehmen Produkt- oder Prozessinnovationen durch – deutlich mehr als der Durchschnitts der deutschen Wirtschaft (60 Prozent). Produktinnovationen steuerten 2018 mehr als 12 Prozent zum gesamten Umsatz der Textilindustrie in Deutschland bei, und die Unternehmen der Branche gaben 273 Millionen Euro für Innovationsaktivitäten aus. Nach einem starken Rückgang der Innovationsausgaben in der Wirtschaftskrise 2009 überschritten die Innovationsausgaben 2012, 2013 und 2015 wieder die 300-Millionen-Marke. Nach 2015 ist der Trend indes leicht rückläufig, was bis 2020 anhalten soll. Damit folgt die Textilindustrie nicht dem Trend deutlich steigender Innovationsausgaben in der deutschen Wirtschaft. Dieser wird stark von den Branchen Automobil, Maschinen, Elektro, IT und Pharma getrieben.

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de



Achter Wissenschaftspreis

Die Volksbank Weinheim Stiftung und das ZEW Mannheim vergeben zum achten Mal den Wissenschaftspreis „Zukunft der Arbeitswelt“. Mit der Auszeichnung fördern sie den wirtschaftswissenschaftlichen Nachwuchs in der Metropolregion Rhein-Neckar. Prämiert werden die beste Dissertation, dotiert mit einem Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro, und die beste studentische Masterarbeit, dotiert mit 2.000 Euro. Beide Preise sind mit der Möglichkeit zu einem Forschungsaufenthalt am ZEW verbunden. Einreichungsfrist ist der 31. Oktober 2020.

Mehr Informationen unter: www.zew.de/AM7300

Zwölfte ReCapNet-Konferenz

Das ZEW-Netzwerk „Immobilienmärkte und Kapitalmärkte“ (ReCapNet) untersucht die Wechselwirkungen zwischen Immobilienmärkten und Kapitalmärkten. Am 13. November veranstaltet das ZEW Mannheim die zwölfte Konferenz des Netzwerks, die dieses Jahr virtuell stattfindet. Schwerpunkt der diesjährigen Konferenz ist das Thema „Global Trends and Real Estate: Risks and Challenges“. Erwünscht sind Beiträge zu diesem Thema oder anderen Aspekten des Bereichs gewerbliche Immobilienmärkte und Kapitalmärkte.

Mehr Informationen unter: www.zew.de/VA3175



Umstrittenes Pflichtfach: Brauchen wir mehr Wirtschaft in der Schule?

Nun also auch Nordrhein-Westfalen. Mit dem Schuljahr 2020/21 ist Wirtschaft zum Pflichtfach an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in NRW geworden. Damit folgt

Nordrhein-Westfalen dem Land Baden-Württemberg, das diesen Schritt schon vor vier Jahren gegangen ist.

Ein gutes Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge ist eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive Teilhabe in der modernen Gesellschaft. Für „das Leben“ gewappnet zu sein bedeutet auch, in der Lage zu sein, langfristige finanzielle Entscheidungen zum Beispiel für die Altersvorsorge zu treffen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, im späteren Beruf betriebswirtschaftliche Entscheidungen zu treffen und als mündiger Bürger die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung zu verstehen sowie diese als Wähler zu beeinflussen. Wirtschaftliche Zusammenhänge haben es in sich, etwa wenn es um die komplexen Gleichgewichtsphänomene geht. Ein gewisses Verständnis von Makro- und Mikroökonomie ist notwendig, um zu verstehen, dass in einer Krise wie der jetzigen eine stärkere Verschuldung des Staates sinnvoll, für private Haushalte aber problematisch sein kann.

Wäre es aber im digitalen Zeitalter nicht besser, Informatik oder Technikwissenschaften auszubauen? Oder mehr Zeit für die Basisfächer Mathematik, Naturwissenschaften oder Sprachen zu verwenden? Um Antworten auf solche Fragen zu finden, bedarf es aussagekräftiger Daten über die Erfolge der Schulausbildung. Daran hapert es nach wie vor. Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hatte die Bundesländer schon vor einigen Jahren angemahnt, „sich einer regelmäßigen Überprüfung der Leistungsfähigkeit ihres Schulwesens zu öffnen“. Deutschland beteiligt sich beispielsweise nicht am Pisa-Test zur Finanzbildung. Dabei böte doch gerade die föderale Vielfalt die Möglichkeit, voneinander zu lernen.

Ein markanter Unterschied zwischen der Schullehre in den Naturwissenschaften und der im Fach Wirtschaft zeigt sich bei der Analyse geläufiger Unterrichtsmaterialien: Die Fokussierung auf den politischen Diskurs – zum Beispiel beim Thema Globalisierung. Eine knappe Einführung in die Thematik und schon wird kritisch diskutiert, wer möglicherweise unter der Globalisierung leidet, inwiefern diese zu mehr Kinderarbeit führt oder die Umwelt Schaden nimmt. Zwar sind diese Probleme wichtig. Doch ist die Prioritätensetzung zu hinterfragen. Die Ökonomik besitzen einen Kanon an Methoden und Theorien. Erst wer diese kennt kann eine wohlinformierte kritische Reflexion beginnen. Ansonsten entsteht das Phänomen, das nicht nur im Internet zu beobachten ist: Diskursfreudigkeit gepaart mit Wissensarmut.

Die Qualität eines Schulfachs Wirtschaft steht und fällt mit den Kompetenzen und pädagogischen Fähigkeiten der Lehrkräfte. Die jeweiligen Bundesländer haben ihre Studienpläne angepasst, um Lehrkräfte dafür auszubilden. Hierbei hilft es, den Fakultäten der BWL und VWL in Erinnerung zu rufen, dass sie für die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte mitverantwortlich sind. Es gilt, die Begeisterung, die die Kolleginnen und Kollegen für ihre Fächer empfinden, auch den Lehramtskandidaten und Lehrkräften zu vermitteln. Nur so kann Wirtschaft als Schulfach zum Erfolg werden – für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die gesamte Volkswirtschaft.

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'Achim Wambach'.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D.

Dieser Beitrag ist in längerer Version am 17.08.2020 in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ erschienen.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Dominic Egger, Telefon +49 621 1235-103 · dominic.egger@zew.de

Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Carola Hesch, Telefon +49 621 1235-128 · carola.hesch@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2020